



Öffentliche Bekanntmachung der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises

Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);

Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung des Einzelfalles gem. § 3 a UVPG

Der land- und forstwirtschaftliche Betrieb Botanischer Garten Hahnstätten beabsichtigt auf dem Gelände des geplanten Botanischen Gartens eine Teichanlage zu errichten. Dieses ist als zentrales Element der Parkanlage vorgesehen. Die Speisung der Teichanlage soll durch die Ableitung von Wasser aus dem Hohlenfelsbach, Gewässer III. Ordnung, erfolgen. Der Überlauf erfolgt in einen vorhandenen Regenauslasskanal. Der Teich hat eine Wasserfläche von ca. 3.800 m² und damit, bei einer Tiefe von max. 2,00 m, ein Volumen von ca. 6.700 m³. Der bei der Errichtung des Teichs entstehende Aushub soll innerhalb des Parkbereichs zur Geländegestaltung verwertet werden.

Das Vorhaben bedarf der Zulassung nach Wasserhaushaltsgesetz. Hierzu wurden der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises als zuständiger Wasserbehörde entsprechende Antragsunterlagen vorgelegt. Das Verfahren wird hier unter dem Aktenzeichen 6/61-1-WR-Nr. 7501 durchgeführt.

Im anhängigen Genehmigungsverfahren ist gem. § 3 c Satz 1 UVPG durch die Genehmigungsbehörde im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles entsprechend der Anlage 2 zum UVPG zu überprüfen, ob für die beantragte Maßnahme eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist. Diese Vorprüfung hat unter Einbeziehung von Fachbehörden ergeben, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Genehmigungsbehörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Gem. § 3 a Satz 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar. Die Einschätzung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleiben soll, ist in einem gerichtlichen Verfahren betreffend die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens nur darauf zu überprüfen, ob die Vorprüfung entsprechend den Vorgaben des § 3 c UVPG durchgeführt worden und ob das Ergebnis nachvollziehbar ist.

Die Unterlagen, die dieser Entscheidung zu Grunde liegen, sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Landestransparenzgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz bei der Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises, Insel Silberau 1, 56130 Bad Ems, zugänglich.

Kreisverwaltung des
Rhein-Lahn-Kreises
56130 Bad Ems, 13.06.2017
Im Auftrag:
Cordula Weitzel